

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir müssen uns, denke ich, alle den Kopf zerbrechen, wie wir dies gut hinbekommen. Das tun wir. Darum haben wir diesen Leitfaden entwickelt, darum strengen wir uns an, die Bürgerschaft so einzubeziehen, dass sie wieder mehr Vertrauen in solche Entscheidungen fasst.

Jetzt sehen wir es beim Nationalpark wie in einem Brennglas. Nach unserer Auffassung brauchen wir Nationalparks.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dringend!)

Ihre Einrichtung folgt dem Gemeinwohlinteresse, sie folgt den grundlegenden Entscheidungen, die wir national und international gefällt haben. Die Bundeskanzlerin hat das noch einmal sehr, sehr deutlich gesagt; wir auch.

Das Gemeinwohlinteresse besagt: Wir müssen auch kleine Parzellen unseres Waldes sich selbst und der Natur überlassen. Davon müssen wir aber die Bürger, die dies aufgrund irgendwelcher Interessen nicht wollen, zunächst einmal überzeugen.

Jetzt gibt es zwei Wege. Erstens ist die Grundsatzentscheidung zu treffen: Wollen wir Nationalparks oder nicht? Die Koalition hat sich für einen Nationalpark entschieden. Jeder weiß, dass wir einen Nationalpark wollen. Das steht in den Wahlprogrammen, das steht im Koalitionsvertrag.

In zweiter Linie kann es darum gehen, dass bei diesem Thema lokale Interessen aufeinanderstoßen. Nimmt man sie ernst, nimmt man sie wahr, hört man auf sie, bezieht man sie ein? Das haben wir, glaube ich, in einem ganz vorbildlichen Prozess gemacht.

Das Nationalparkgesetz spiegelt den Willen der betreffenden Regionen wider. Beispielsweise setzt sich der Nationalparkbeirat zur Hälfte aus regionalen Vertretern zusammen, und er wird auch aus deren Reihen geleitet. Das ist ein klares Ergebnis, das aus der regionalen Betroffenheit resultiert, sodass die betroffenen Bürger sicher sein können, dass nichts an ihnen vorbei gemacht werden kann. Insofern ist das ein richtiger Abwägungsprozess geworden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich weiß jetzt gar nicht, was Sie daran kritisieren, was Sie eigentlich vorschlagen. Wenn Sie der Meinung sind, wir sollten in Zukunft das Recht auf lokale Voten gegen übergeordnete Entscheidungen vorsehen, sollten Sie das hier deutlich sagen. Aber das kann dann nicht nur für ökologische Infrastrukturprojekte gelten, sondern das muss natürlich auch für Straßen, Stromtrassen und vieles andere gelten. Da müssen Sie sich klar positionieren und sagen, was Sie eigentlich möchten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Insofern besteht da auf Ihrer Seite Klärungsbedarf. Wir haben dies geklärt.

Wir gehen in Zukunft deutlicher vor. Wir haben gerade einen Suchlauf für eine Justizvollzugsanstalt durchgeführt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gerade? Schon lange!)

Im Wahlkampf haben wir der betroffenen Bürgerschaft in Zepfenhan versprochen, dass wir einen solchen neuen Suchlauf in Gang setzen. Der Vorschlag aus der Bürgerschaft war – das war die Zeit der Auflassung von Bundeswehrstandorten –, Konversionsflächen zu suchen. Das haben wir getan, und wir haben nun eine industrielle Konversionsfläche gefunden.

Wir werden jetzt mit der Bürgerschaft anhand der vorgeschlagenen Punkte der Beteiligung zu debattieren haben, wie dort entschieden wird. Aber in diesem Fall entscheidet im Unterschied zum Nationalpark letztlich in der Tat die Kommune, ob sie eine Justizvollzugsanstalt will oder nicht. Das haben wir klar entschieden, und so wird diesmal entschieden, weil die Gesetzeslage es so vorschreibt. Wir halten uns da klar an die Ordnung. Derjenige, der zuständig ist, entscheidet auch. Wenn die Bürgerschaft in Tuningen diese Frage an sich ziehen will, kann sie dies über einen Bürgerentscheid tun.

Wenn die Bürgerschaft in Baden-Württemberg dies auch beim Nationalpark gewollt hätte, hätte sie dies auch tun können. Das wäre schwierig gewesen – deswegen senken wir die entsprechenden Hürden. Wenn sich die Bürgerschaft in einem landesweiten Volksentscheid gegen einen Nationalpark entschieden hätte, hätten wir ihn natürlich nicht eingerichtet. Das ist klar.

Von Ihnen ist also Klarheit erforderlich: Wie sollen wir solche Prozesse nach Ihrer Auffassung eigentlich handhaben?

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Sollen wir sie so freihändig handhaben, wie Sie dies sagen, mit solchen Schlagworten wie „Bevormundung“ oder „Freiheit“, oder welchen Begriff auch immer Sie gebrauchen? Oder sollen wir die Prozesse nach klaren Grundsätzen gestalten? Da sind Sie, Herr Abg. Hauk, gefordert. Sie sind gefordert, Sie haben uns im Unklaren gelassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn sich die Bürger in Tuningen in einem Bürgerentscheid dagegen aussprechen, geht der Suchlauf von vorn los! – Glocke der Präsidentin)

– Dann müssen wir woanders suchen. Das ist keine Frage.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also doch lokales Veto!)

– In diesem Fall ist, weil das über die Bauleitplanung entschieden wird, vorgesehen, dass auch lokal entschieden werden kann. Dann ist dagegen überhaupt nichts einzuwenden. So ist die Gesetzeslage, und an die halten wir uns.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt komme ich noch einmal zum Bildungsplan. Natürlich gibt es Fragen, die stark weltanschaulich oder religiös imprägniert sind. Herr Abg. Hauk, davon habe ich gesprochen. Das kann ich Ihnen nicht vorwerfen; denn das stand falsch in der Zeitung. Ich habe natürlich nicht von religiös imprägnierten Menschen gesprochen. Wir haben uns das noch einmal angeschaut. Es ist eindeutig so, dass ich nicht von religiös imprägnierten Menschen, sondern von religiös imprägnierten The-